

E 16-NR/XXI. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 5. Juli 2000

betreffend langfristige Sicherung des Pensionssystems

Die Bundesregierung wird ersucht, das Pensionssystem unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung langfristig finanziell sicherzustellen. In bereits gewährte Pensionen darf nicht eingegriffen werden. Beitragserhöhungen sind zu vermeiden. Die betriebliche und private Altersvorsorge (zweite und dritte Säule) sollen als Ergänzung der gesetzlichen Pensionsversicherung ausgebaut werden mit dem Ziel, die zusätzliche Belastung eines steigenden Anteils nicht mehr erwerbstätiger Personen an der Bevölkerung langfristig abzufedern.